

**Ministerium für Kinder, Jugend, Familie,
Gleichstellung, Flucht und Integration
des Landes Nordrhein-Westfalen**

Die Ministerin



Ministerium für Kinder, Jugend, Familie,
Gleichstellung, Flucht und Integration
des Landes Nordrhein-Westfalen, 40190 Düsseldorf

An den
Präsidenten des Landtags
Nordrhein-Westfalen
Herrn André Kuper MdL
Platz des Landtags 1
40211 Düsseldorf

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
18. WAHLPERIODE

**VORLAGE
18/1324**

A19

5. Juni 2023

Seite 1 von 1

Aktenzeichen
bei Antwort bitte angeben

Dr. Edgar Voß
Telefon 0211 837-2370
Telefax 0211 837-2200
Edgar.Voss@mkjfgfi.nrw.de

Sitzung des Integrationsausschusses am 07.06.2023

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

für die o.g. Ausschusssitzung übersende Ihnen den Sachstandsbericht
staatliches Asylsystem für das erste Quartal 2023 mit der Bitte um Wei-
terleitung an die Mitglieder des Integrationsausschusses des Landtags
Nordrhein-Westfalen.

Mit freundlichen Grüßen

Josefine Paul

Dienstgebäude und
Lieferanschrift:
Völklinger Straße 4
40219 Düsseldorf
Telefon 0211 837-2000
Telefax 0211 837-2200
poststelle@mkjfgfi.nrw.de
www.mkjfgfi.nrw

Öffentliche Verkehrsmittel:
Rheinbahn Linien
706, 709 (HST Stadttor)
707 (HST Wupperstraße)

Bericht der Ministerin für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration

zur Information des Integrationsausschusses

„Sachstandsbericht staatliches Asylsystem“

1. Quartal 2023

Für diesen Sachstandsbericht wurde überwiegend das Datenmaterial zum Stichtag 31. März 2023 zugrunde gelegt. Abweichende Stichtage sind im weiteren Verlauf gesondert gekennzeichnet. Das zusammengestellte Zahlenmaterial setzt sich aus Meldungen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF), Auswertungen aus dem landesseitig betriebenen Programm DiAs NRW sowie Auswertungen auf der Datengrundlage des Ausländerzentralregisters zusammen.

Zahlen zu Asylsuchenden werden für unterschiedliche Zwecke in verschiedenen statistischen Systemen erfasst. Dabei bildet das im EASY-Verfahren (**E**rstverteilung von **a**syllbegehrenden Erstantragstellern im bundesweiten Verteilsystem) ausgewiesene Zahlenwerk den landesweiten Zugang an Erstantragstellern ab, welcher auch den Zugang von Neugeborenen erfasst, bei denen sich die Eltern zum Zeitpunkt der Geburt in einer Aufnahmeeinrichtung des Landes befanden oder bereits kommunal zugewiesen waren (vgl. hierzu auch die Vorlage 17/1077 vom 12.09.2018).

Die durch das BAMF in seiner Statistik zu Asylantragstellern ausgewiesenen Kennzahlen sind nicht mit den Zugängen nach Nordrhein-Westfalen gleichzusetzen, da unter die Asylantragszahlen auch diejenigen Asylsuchenden fallen, die ihren Asylantrag im schriftlichen Verfahren gemäß § 14 Abs. 2 Asylgesetz (AsylG) gestellt haben und somit zu keinem Zeitpunkt in einer Landeseinrichtung untergebracht werden. Weiterhin ist zu beachten, dass zwischen dem Zeitpunkt der Ankunft des Asylsuchenden und der Antragstellung beim BAMF ein gewisser Zeitabstand liegt, sodass es zu einer unterschiedlichen Erfassung in den Statistiken kommen kann. Dies bedeutet, dass in Einzelfällen der Erfassungsmonat des Zugangs nicht identisch mit dem Erfassungsmonat der Asylantragstellung ist.

Entwicklung der Zahlen für Nordrhein-Westfalen im Monatsvergleich

| | EASY-Zugang 2023 | EASY-Zugang 2022 |
|----------------|-------------------------|-------------------------|
| Januar | 4.981 | 2.478 |
| Februar | 3.571 | 2.284 |
| März | 3.573 | 4.300 |
| GESAMT | 12.125 | 9.062 |

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) ist nach § 24 Abs. 3 S. 3 AufenthG für die Verteilung des im EU-Ratsbeschluss vom 04. März 2022 umfassten Personenkreis auf die Länder zuständig.

Das BAMF führt u.a. zum Zwecke der Aufenthaltsgewährung und der Verteilung der aufgenommenen Geflüchteten aus der Ukraine nach § 91a AufenthG ein Register über den Personenkreis nach § 24 Abs. 1 AufenthG, die eine Aufenthaltserlaubnis beantragt haben. Hierfür wurde die Fachanwendung zur Registerführung, Erfassung und Erstverteilung zum vorübergehenden Schutz – kurz **FREE** – geschaffen. Diese dient aktuell der Erfassung und Verteilung der ankommenden Personen.

Die Gesamtzahl der verteilten Personen im System ist dabei insbesondere wegen der „fliegenden Einführung“ im Mai letzten Jahres und Verzerrungen bei der Übernahme von Datensätzen aus dem vorher genutzten System EASY für Asylsuchende nicht aussagekräftig. Zudem erlaubt die Verteilung keine Aussage darüber, ob und ggf. wie lange sich eine nach NRW verteilte Person nach Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis ggf. noch in NRW aufhält.

Da zwischen Einreise und Erfassung im Verteilsystem eine Verzögerung von bis zu mehreren Monaten liegen kann, da ukrainische Geflüchtete sich im Rahmen der weiterhin gültigen Visa-Freiheit nicht unmittelbar nach Einreise bei einer Behörde melden müssen und ggf. zunächst bei Verwandten oder Bekannten leben, bildet FREE – im Gegensatz zu EASY – das Zugangsgeschehen nur indirekt ab. Etwas anderes gilt nur für die (aktuell wenigen) Personen, die unmittelbar nach ihrer Einreise in der Landeserstaufnahmeeinrichtung vorsprechen.

| FREE-Verteilungen auf NRW 2023 | |
|---------------------------------------|-------|
| Januar | 8.328 |
| Februar | 4.922 |
| März | 5.667 |

Das BAMF wertet wöchentlich die im Ausländerzentralregister (AZR) erfassten Personen aus, die seit dem 24.02.2022 aus der Ukraine nach Deutschland eingereist sind.

Im Ausländerzentralregister (AZR) wird der Bestand der aktuell aufhältigen Personen aus dem Ausland zum jeweiligen Zeitpunkt erfasst. Aus Differenzen des Saldos können dabei keine Aussagen zum Zu- und Fortzug abgeleitet werden. Dies gilt umso mehr, als dass davon auszugehen ist, dass Zuzüge aus dem Ausland relativ zeitnah, Fortzüge in das Ausland allerdings verzögert oder auch gar nicht bei den Ausländerbehörden angezeigt werden. Zudem sammeln sich im dezentral geführten AZR über längere Zeiträume Dubletten oder fehlerhafte Datensätze an, die in unregelmäßigem Abstand bereinigt werden und zum Wegfall einer nicht unwesentlichen Anzahl von Datensätzen führen können.

Bundesweit beträgt lt. der benannten Sonderauswertung des BAMF aus dem AZR die Anzahl der zum Stand 02.04.2023 aufhältigen geflüchteten Personen aus der Ukraine,

die seit dem 24.02.2022 nach Deutschland eingereist sind, 1.059.647, davon entfallen auf Nordrhein-Westfalen 216.906 Personen.

Hauptherkunftsländer Asylsuchende

Der bundesweite Gesamtzugang von Asylersantragstellenden zwischen Januar und März 2023 beläuft sich auf insgesamt 57.740 Personen. Die 20 Hauptherkunftsländer bundesweit sind:

| Top | HKL | Zugang 2023 | Anteil am Gesamtzugang in % |
|-----|----------------------|-------------|-----------------------------|
| 1 | Syrien | 13.470 | 23,3 |
| 2 | Afghanistan | 10.507 | 18,2 |
| 3 | Türkei | 6.557 | 11,4 |
| 4 | Georgien | 2.668 | 4,6 |
| 5 | Iran | 2.561 | 4,4 |
| 6 | Irak | 2.339 | 4,1 |
| 7 | Russische Föderation | 2.217 | 3,8 |
| 8 | Nordmazedonien | 1.028 | 1,8 |
| 9 | Venezuela | 986 | 1,7 |
| 10 | Somalia | 966 | 1,7 |
| 11 | Eritrea | 798 | 1,4 |
| 12 | Algerien | 703 | 1,2 |
| 13 | Kolumbien | 679 | 1,2 |
| 14 | Tunesien | 606 | 1,1 |
| 15 | Nigeria | 588 | 1,0 |
| 16 | Ungeklärt | 583 | 1,0 |
| 17 | Indien | 549 | 1,0 |
| 18 | Pakistan | 549 | 1,0 |
| 19 | Ägypten | 538 | 0,9 |
| 20 | Serbien | 531 | 0,9 |

(EASY-Statistik des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge)

Der Gesamtzugang für Nordrhein-Westfalen von Asylersantragstellenden zwischen Januar und März 2023 beläuft sich auf insgesamt 12.125 Personen (entsprechend dem Königsteiner Schlüssel für NRW von ca. 21,09 %). Die 20 Hauptherkunftsländer landesweit sind:

| Top | HKL | Zugang 2022 | Anteil am Gesamtzugang in % |
|-----|----------------------|-------------|-----------------------------|
| 1 | Syrien | 3.726 | 30,7 |
| 2 | Afghanistan | 1.474 | 12,2 |
| 3 | Türkei | 1.264 | 10,4 |
| 4 | Irak | 730 | 6,0 |
| 5 | Iran | 710 | 5,9 |
| 6 | Nordmazedonien | 345 | 2,9 |
| 7 | Russische Föderation | 333 | 2,8 |
| 8 | Guinea | 313 | 2,6 |
| 9 | Georgien | 306 | 2,5 |
| 10 | Algerien | 246 | 2,0 |
| 11 | Somalia | 213 | 1,8 |
| 12 | Ägypten | 194 | 1,6 |
| 13 | Eritrea | 169 | 1,4 |
| 14 | Serbien | 158 | 1,3 |
| 15 | Nigeria | 153 | 1,3 |
| 16 | Marokko | 146 | 1,2 |
| 17 | Albanien | 134 | 1,1 |
| 18 | Aserbajdschan | 132 | 1,1 |
| 19 | Libanon | 130 | 1,1 |
| 20 | Pakistan | 119 | 1,0 |

(EASY-Statistik des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge)

Sachstand Asylverfahren für NRW

Die Entwicklung ist nachfolgender Tabelle zu entnehmen (Zahlen gerundet):

| 2023 | Neuanträge | Entscheidungen | Offene Verfahren |
|---------|------------|----------------|------------------|
| Januar | 6.500 | 4.600 | 23.100 |
| Februar | 5.500 | 3.900 | 25.400 |
| März | 6.100 | 5.700 | 26.800 |

(Antrags-, Entscheidungs- und Bestandsstatistik des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge)

Weitere Kennzahlen aus der BAMF-Statistik (Stand: 31.03.2023):

- 6.100 Asylanträge in Nordrhein-Westfalen im März:
(der NRW-Anteil entspricht 22,1 % der bundesweit gestellten Anträge)
- 5.700 Entscheidungen im März (NRW-Anteil: 22,2 %)
→ Gesamtschutzquote in Nordrhein-Westfalen im März: 54 % (Bund: 50 %)
- 26.800 offene Verfahren Ende März
(Vergleich Bund: 163.200 offene Verfahren; NRW-Anteil: 16,4 %)

Unterbringungskapazität und Belegung in den Aufnahmeeinrichtungen des Landes

Unter dem Eindruck steigender Asylbewerberzugänge und einem erneuten Anstieg der Anzahl an Geflüchteten aus der Ukraine im August/September 2022 hat das Land seine Kapazitäten weiter ausgebaut. Mit Stand 31.03.2023 verfügte das Landesaufnahmesystem insgesamt über eine aktive Kapazität von rund 29.900 Plätzen. Da der Krieg in der Ukraine unvermindert anhält und mit weiteren Zugängen von Geflüchteten nach Nordrhein-Westfalen zu rechnen ist, wird das Land die errichteten Notunterkünfte innerhalb der mietvertraglichen Möglichkeiten in Betrieb halten und weitere Kapazitäten lageabhängig und für alle Flüchtlingsgruppen ausbauen.

Mit Stand vom 31.03.2023 stellte sich die Unterbringungskapazität sowie die Belegung in den Aufnahmeeinrichtungen des Landes wie folgt dar:

| | Aktive Kapazität | Aktuelle Belegung |
|--|------------------|-------------------|
| EAE (5) | 6.190 | 5.529 |
| Arnsberg | 1.000 | 671 |
| EAE Unna | 1.000 | 671 |
| Detmold | 950 | 890 |
| EAE Bielefeld | 950 | 890 |
| Düsseldorf | 2.800 | 2.595 |
| EAE Essen | 800 | 734 |
| EAE Mönchengladbach | 2.000 | 1.861 |
| Köln | 1.440 | 1.373 |
| EAE Köln/Bonn | 1.440 | 1.373 |
| ZUE (28) | 16.254 | 13.829 |
| Arnsberg | 3.720 | 3.673 |
| ZUE Hamm | 770 | 711 |
| ZUE Möhnesee | 700 | 562 |
| ZUE Olpe | 400 | 369 |
| ZUE Soest | 1.200 | 1.602* |
| ZUE Wickede | 650 | 429 |
| Detmold | 1.600 | 1.533 |
| ZUE Bad Driburg | 300 | 291 |
| ZUE Borgentreich | 500 | 470 |
| ZUE Herford | 800 | 772 |
| Düsseldorf | 4.476 | 3.752 |
| ZUE Neuss | 1.000 | 740 |
| ZUE Ratingen | 800 | 653 |
| ZUE Rees I | 166 | 128 |
| ZUE Rees II | 420 | 403 |
| ZUE Rheinberg | 500 | 359 |
| ZUE Viersen | 650 | 599 |
| ZUE Weeze | 600 | 547 |
| ZUE Wuppertal | 340 | 323 |
| Köln | 3.698 | 2.386 |
| ZUE Bonn | 448 | 322 |
| ZUE Düren | 680 | 697** |
| ZUE Euskirchen | 500 | 459 |
| ZUE Kreuzau | 200 | 110 |
| ZUE Sankt Augustin | 600 | 493 |
| ZUE Schleiden | 420 | 305 |
| ZUE Wegberg | 850 | 0 |
| Münster | 2.760 | 2.485 |
| ZUE Dorsten | 250 | 197 |
| ZUE Ibbenbüren | 960 | 872 |
| ZUE Marl | 250 | 179 |
| ZUE Münster | 900 | 860 |
| ZUE Rheine | 400 | 377 |
| GESAMT Landeseinrichtungen (33) | 22.444 | 19.358 |

* Gemeinsame Bewirtschaftung mit NU LBH Soest, daher faktisch keine Überbelegung

** Individuelles Belegungsmanagement; unter Einrechnung der abwesenden Personen faktisch keine Überbelegung

Mit Stand vom 31.03.2023 betrug die durchschnittliche Belegungsquote der aktiven Kapazität in den Einrichtungen damit 86 Prozent.

Erläuterungen zu den als gesperrt ausgewiesenen Einrichtungen:

- EAE Unna: Sperrung von 110 Plätzen aufgrund eines Wasserschadens sowie Sanierungsarbeiten.
- ZUE Möhnesee: Sperrung von 110 Plätzen aufgrund von Renovierungsarbeiten.
- ZUE Wickede: Sperrung von 170 Plätzen aufgrund fehlender brandschutz- und baurechtlicher Abnahme
- ZUE Borgentreich: Sperrung von 15 Plätze aufgrund von Schädlingsbefall
- ZUE Herford: Sperrung von 12 Plätzen aufgrund eines Brandschadens.
- ZUE Neuss: Sperrung von 21 Plätzen wegen Schimmelbefall in den Bädern.
- ZUE Rheinberg: Sperrung von 58 Plätzen aufgrund eines Wasserschadens.
- ZUE Euskirchen: Sperrung von 27 Plätzen aufgrund von Schimmelbefall.
- ZUE Kreuzau: Sperrung von 30 Plätzen aufgrund eines Wasserschadens.
- ZUE Wegberg: Leerzug aufgrund eines Dienstleisterwechsels.

| | Aktive Kapazität | Aktuelle Belegung |
|----------------------------------|-------------------------|--------------------------|
| NU | 7.528 | 4.648 |
| Arnsberg | 1.750 | 995 |
| Herne | 400 | 259 |
| Selm | 750 | 736 |
| LBH Soest | 600* | * |
| Detmold | 2.090 | 1.602 |
| Bielefeld Musikerviertel | 390 | 190 |
| Büren | 400 | 314 |
| Gütersloh | 500 | 429 |
| Paderborn | 800 | 669 |
| Düsseldorf | 0 | 0 |
| Köln | 750 | 587 |
| Marmagen | 750 | 587 |
| Münster | 2.938 | 1.464 |
| Castrop-Rauxel | 810 | 759 |
| Dorsten Tennensportplatz | 400 | 0** |
| Dorsten Gerhart-Hauptmann-Schule | 950 | 258 |
| Haltern | 282 | 62 |
| Schöppingen | 496 | 385 |

*gemeinsame Bewirtschaftung mit der ZUE Soest (sh. Erläuterung Tabelle Unterbringungskapazität sowie die dort ausgewiesene Belegung)

** Schließung 31.03.2023

Mit Stand vom 31.03.2023 betrug die durchschnittliche Belegungsquote der aktiven Kapazität in den Notunterkünften damit 62 Prozent.

Besondere Vorkommnisse

Minderjährige Person in der ZUE Soest am 13.02.2023

Am 13.02.2023 wurde in der ZUE Soest ein 13jähriges Mädchen aufgegriffen, welches nicht in der ZUE wohnhaft ist. Das Mädchen wurde der Polizei übergeben. Die weiteren Ermittlungen ergaben, dass das Mädchen sexuellen Kontakt zu einem 18-jährigen marokkanischen Bewohner der ZUE hatte. Gegen den Bewohner wird staatsanwaltschaftlich ermittelt. Er wurde in eine andere ZUE verlegt.

Versuchtes Tötungsdelikt in der ZUE Neuss am 14.02.2023

Nach einer verbalen Auseinandersetzung stach ein 27-jähriger tunesischer Staatsangehöriger am 14.02.2023 in der ZUE Neuss mit einem Messer auf einen 38-jährigen tunesischen Staatsangehörigen ein. Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes konnten den Angreifer überwältigen und bis zum Eintreffen der Polizei fixieren. Der Geschädigte wurde nach der Erstversorgung in ein Krankenhaus verbracht und befand sich zunächst in Lebensgefahr. Zwischenzeitlich konnte er jedoch aus dem Krankenhaus entlassen werden. Die Staatsanwaltschaft Düsseldorf hat gegen den Angreifer, der sich in Untersuchungshaft befindet, Anklage wegen des Verdachts des versuchten Totschlags erhoben.

Brand in der NU Gütersloh am 11.03.2023

Am 11.03.2023 kam es in der NU Gütersloh zu einem Brandereignis, bei der eine drei Wochen alter nordmazedonischer Säugling erhebliche Brandverletzungen erlitten hat. Die Ermittlungen vor Ort sind abgeschlossen und das Haus wurde von der Polizei freigegeben. Eine abschließende Klärung der Brandursache (vermutlich ein Unglücksfall) ist bislang nicht erfolgt. Der Sachverhalt mit den derzeitigen Ermittlungserkenntnissen wurde an die Staatsanwaltschaft Bielefeld weitergeleitet. Der Säugling wird derzeit in einer Spezialklinik für Brandverletzungen in Hannover ärztlich behandelt und befindet sich mittlerweile außer Lebensgefahr. Den Eltern, die weiterhin in der NU Gütersloh wohnen, ist angeboten worden, ihr Kind täglich zu besuchen. Die Reisekosten für die Fahrten nach Hannover werden von der Bezirksregierung Detmold übernommen.

Brand in der ZUE Weeze am 29.03.2023

Aufgrund einer Brandstiftung in einer Gemeinschaftstoilette der ZUE Weeze wurde am 29.03.2023 Feueralarm ausgelöst. Das Feuer konnte durch die Feuerwehr gelöscht werden. Es entstand kein Gebäudeschaden. In den folgenden Wochen wurden aus der ZUE Weeze sechs weitere Brandstiftungen gemeldet. Der oder die Täter konnten bislang nicht ermittelt werden.

Zuweisungen

Im 1. Quartal 2023 wurden von der Bezirksregierung Arnsberg nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz (FlüAG) 3.156 Asylsuchende aufnahmepflichtigen Gemeinden in

Nordrhein-Westfalen zugewiesen. Mit Stand vom 31.03.2023 wurden von der Bezirksregierung Arnsberg nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz (FlüAG) im Jahr 2023 3.400 geflüchtete Personen aufnahmepflichtigen Gemeinden in Nordrhein-Westfalen zugewiesen.

Von Zuweisungen betroffene Kommunen wurden weiterhin mit einem 14-tägigen Vorlauf über anstehende Zuweisungen informiert.

| § 50 AsylG i.V.m. § 3 FlüAG | Zuweisungen 2023 |
|------------------------------------|-------------------------|
| Januar | 1.175 |
| Februar | 615 |
| März | 1.366 |
| GESAMT | 3.156 |

(Quelle: Bezirksregierung Arnsberg, Dezernat 201, Stand 31.03.2023)

Zuständig für die Aufnahme und Versorgung von Geflüchteten, die eine Aufenthaltserlaubnis nach § 24 AufenthG erhalten, sind in Nordrhein-Westfalen die Kommunen. Aufgrund der hohen Anzahl Geflüchteter aus der Ukraine unterstützt das Land Nordrhein-Westfalen die Kommunen bei dieser Aufgabe durch Zurverfügungstellung von Unterbringungskapazitäten in den Landeseinrichtungen. Sofern eine Kommune aus Kapazitätsgründen ihrer Unterbringungspflicht (zunächst) nicht nachkommen kann, übernimmt das Land die vorübergehende Unterbringung in den Landeseinrichtungen und weist die Personen entsprechend der FlüAG-Erfüllungsquote im weiteren Verlauf den aufnahmepflichtigen Kommunen zu.

Nach § 24 Absatz 4 AufenthG i. V. m. § 50 Absatz 4 AsylG i. V. m. § 3 FlüAG erfolgten 3.400 Zuweisungen von Geflüchteten aus der Ukraine im 1. Quartal 2023.

| § 24 Abs. 4 AufenthG i.V.m. § 50 AsylG i.V.m. § 3 FlüAG | Zuweisungen 2023 |
|--|-------------------------|
| Januar | 1.904 |
| Februar | 734 |
| März | 762 |
| GESAMT | 3.400 |

(Quelle: Bezirksregierung Arnsberg, Dezernat 201, Stand 31.03.2023)

Im 1. Quartal 2023 erfolgten aus den Landeseinrichtungen 2.268 Zuweisungen anerkannter Schutzberechtigter nach § 12a Aufenthaltsgesetz (AufenthG).

| § 12a AufenthG | Personen, die sich zum Zeitpunkt der Anerkennung in einer Landeseinrichtung befanden | Personen mit Wohnsitz in einer Kommune | Gesamt |
|-----------------------|---|---|---------------|
| Januar | 747 | 1.253 | 2.000 |
| Februar | 647 | 1.008 | 1.655 |
| März | 874 | 1.084 | 1.958 |
| GESAMT | 2.268 | 3.345 | 5.613 |

(Quelle: Bezirksregierung Arnsberg, Dezernat 201, Stand 31.03.2023)

Sachstand Rückführung/freiwillige Rückkehr

Im Jahr 2023 wurden bis zum Stichtag 31.03.2023 insgesamt 615 REAG/GARP-Anträge aus Nordrhein-Westfalen bewilligt. Dies entspricht 28,02 % der bundesweiten REAG/GARP-Bewilligungen, so dass weiterhin die meisten freiwilligen Ausreisen bundesweit aus Nordrhein-Westfalen erfolgten.

2023 wurden bis zum Stichtag 31.03.2023 laut Statistik der Bundespolizei 877 Rückführungen (einschließlich Dublin-Überstellungen) aus Nordrhein-Westfalen erfasst. Dies entspricht 24,59 % der bundesweiten Abschiebungen und Rücküberstellungen.

Die Abschiebungen (einschließlich Dublin-Überstellungen), die von nordrhein-westfälischen Behörden bis zum 31.03.2023 vollzogen worden sind, stellen sich bezogen auf die 20 Hauptherkunftsländer wie folgt dar:

| TOP | Staatsangehörigkeit | Zielland | Gesamt | Anteil an Gesamtrückführungen in % |
|-----|---------------------|---------------------|--------|------------------------------------|
| 1 | Nordmazedonien | Nordmazedonien | 120 | 13,68 |
| 2 | Serbien | Serbien | 101 | 11,52 |
| 3 | Albanien | Albanien | 78 | 8,89 |
| 4 | Georgien | Georgien | 38 | 4,33 |
| 5 | Algerien | Algerien | 36 | 4,10 |
| 6 | Afghanistan | Österreich | 33 | 3,76 |
| 7 | Türkei | Türkei | 26 | 2,96 |
| 8 | Bosnien-Herzegowina | Bosnien-Herzegowina | 23 | 2,62 |
| 9 | Kosovo | Kosovo | 17 | 1,94 |
| 10 | Rumänien | Rumänien | 17 | 1,94 |
| 11 | Syrien | Österreich | 16 | 1,82 |
| 12 | Pakistan | Pakistan | 13 | 1,48 |
| 13 | Polen | Polen | 13 | 1,48 |
| 14 | Syrien | Spanien | 13 | 1,48 |
| 15 | Afghanistan | Österreich | 10 | 1,14 |
| 16 | Ghana | Ghana | 10 | 1,14 |
| 17 | China | China | 9 | 1,03 |
| 18 | Guinea | Spanien | 9 | 1,03 |
| 19 | Libanon | Libanon | 9 | 1,03 |
| 20 | Tadschikistan | Tadschikistan | 9 | 1,03 |

Zahl der Ausreisepflichtigen laut Ausländerzentralregister (AZR) zum Stichtag 31.03.2023

Bund:

298.858 ausreisepflichtige Personen, davon 244.906 Personen mit einer Duldung.

Nordrhein-Westfalen:

72.509 ausreisepflichtige Personen, davon 62.674 Personen mit einer Duldung.

Die Ausreisepflichtigen in NRW verteilen sich dabei auf die 20 Hauptherkunftsländer wie folgt:

| Top | Staatsangehörigkeit | Gesamt | Anteil an Gesamtausreisepflichtigen in % |
|-----|---------------------------|--------|--|
| 1 | Irak | 9.124 | 12,58 |
| 2 | Serbien | 4.667 | 6,44 |
| 3 | Afghanistan | 3.506 | 4,84 |
| 4 | Nigeria | 3.484 | 4,80 |
| 5 | Guinea | 3.474 | 4,79 |
| 6 | Nordmazedonien | 3.038 | 4,19 |
| 7 | Iran, Islamische Republik | 2.945 | 4,06 |
| 8 | Libanon | 2.805 | 3,87 |
| 9 | Albanien | 2.720 | 3,75 |
| 10 | Türkei | 2.685 | 3,70 |
| 11 | Russische Föderation | 2.615 | 3,61 |
| 12 | Syrien | 2.137 | 2,95 |
| 13 | Kosovo | 1.975 | 2,72 |
| 14 | Aserbajdschan | 1.945 | 2,68 |
| 15 | Armenien | 1.686 | 2,33 |
| 16 | Ungeklärt | 1.484 | 2,05 |
| 17 | Tadschikistan | 1.456 | 2,01 |
| 18 | Marokko | 1.371 | 1,89 |
| 19 | Ghana | 1.302 | 1,80 |
| 20 | Bosnien-Herzegowina | 1.280 | 1,77 |

Aufenthaltsdauer in den Landeseinrichtungen

Das Landesfachverfahren zur informationstechnischen Unterstützung in den Bereichen Unterbringung, Versorgung, Verteilung, Zuweisung und Rückführung von Flüchtlingen (DiAs NRW) befindet sich weiter im kontinuierlichen Aufbau. Die nachfolgend abgebildeten Auswertungen zu den Aufenthaltszeiten verschiedener Gruppen werden einzelfallscharf validiert. Längere Abwesenheitszeiten, in der die asylsuchende Person tatsächlich nicht in einer Aufnahmeeinrichtung des Landes untergebracht war, werden durch DiAs NRW bei der Ermittlung der Verweildauern entsprechend einbezogen. Hierzu gehören insbesondere die Zeiten der Abwesenheiten ohne Angaben von Gründen („untergetaucht“) sowie die Zeiten von Polizeigewahrsam.

Nachfolgend werden die Zahlen mit Stand vom 31.03.2023 aufgeführt (ausgenommen ist bei dieser Betrachtung die Anzahl Geflüchteter aus der Ukraine, da diese nur für wenige Wochen in den Landeseinrichtungen verbleiben):

| Verweildauer Stand 31.03.2023 | Anzahl Asylsuchende | Anteil (gerundet) |
|--|---------------------|-------------------|
| Asylsuchende in den UE des Landes NRW | 22.169 | |
| bis zu einem Monat | 2.888 | 13 % |
| bis zu zwei Monaten | 3.130 | 14 % |
| bis zu drei Monaten | 3.697 | 17 % |
| bis zu vier Monaten | 4.063 | 18 % |
| bis zu fünf Monaten | 4.539 | 20 % |

| | | |
|--------------------------------|-------|------|
| bis zu sechs Monaten | 2.313 | 10 % |
| länger als sechs Monate | 930 | 4 % |
| länger als neun Monate | 205 | 1 % |
| länger als zwölf Monate | 404 | 1 % |

| Fluchtgemeinschaft Stand 31.03.2023 | Anzahl Asylsu- chende | Anzahl Anträge | Anteil (gerundet) |
|--|----------------------------------|---------------------------|--------------------------|
| Asylsuchende in den UE des Landes NRW | 22.169 | 16.317 | |
| Familie mit Kindern | 5.160 | 1.205 | 23 % |
| Frau mit Kindern | 1.653 | 568 | 7 % |
| Frau ohne Kinder | 1.787 | 1.787 | 8 % |
| Mann mit Kindern | 206 | 80 | 1 % |
| Mann ohne Kinder | 11.982 | 11.982 | 54 % |
| Divers ohne Kinder | 4 | 4 | 0 % |
| Paar ohne Kinder | 1.078 | 546 | 5 % |
| sonstige | 296 | 142 | 1 % |
| Unbekannt ohne Kinder | 3 | 3 | 0 % |

Die Verweildauer von minderjährigen Geflüchteten in den Aufnahmeeinrichtungen des Landes mit dem Stand 31.03.2023 wird nachfolgend aufgeführt:

| Altersgruppe | Anzahl Asylsuchende | Anteil (gerundet) |
|--|----------------------------|--------------------------|
| Minderjährige Asylsu- chende in den UE des Landes NRW | 4.197 | |
| von 0 bis unter 6 | 1.561 | 37 % |
| von 6 bis unter 18 Jahre | 2.636 | 63 % |

| Verweildauer Minderjäh- rige Stand 31.03.2023 | Anzahl Asylsuchende | Anteil (gerundet) |
|--|----------------------------|--------------------------|
| Minderjährige Asylsu- chende in den UE des Landes NRW | 4.197 | |
| bis zu einem Monat | 647 | 15 % |
| bis zu zwei Monaten | 729 | 17 % |
| bis zu drei Monaten | 752 | 18 % |
| bis zu vier Monaten | 792 | 19 % |
| bis zu fünf Monaten | 920 | 22 % |
| bis zu sechs Monaten | 292 | 7 % |
| länger als sechs Monate | 45 | 1 % |
| länger als neun Monate | 14 | 0 % |
| länger als zwölf Monate | 6 | 0 % |

Zum Stichtag 31. März 2023 waren 65 Minderjährige länger als 6 Monate in Landeseinrichtungen anwesend.

Unter den Minderjährigen, die sich zum Stichtag 31.03.2023 länger als 6 Monate in einer Einrichtung befanden, liegen die Gründe für die längere Verweildauer in der individuellen Ausgestaltung des Einzelfalls (vgl. hierzu auch die Vorlage 17/3036 vom 16.02.2020).

Davon konnten zwischenzeitlich bereits 27 Minderjährige zugewiesen werden. 7 Minderjährige wurden inzwischen zurückgeführt bzw. sind freiwillig ausgeweist.

Umsetzungsstand Landesgewaltschutzkonzept

Das Landesgewaltschutzkonzept (LGSK NRW) wird seit 2017 in allen Aufnahmeeinrichtungen des Landes i.S.d. § 44 AsylG umgesetzt. Es ist fester Vertragsbestandteil im Rahmen der Vergabeverfahren für die Betreuungs- und Sicherheitsdienstleistungen in den Landeseinrichtungen. Seit November 2018 wird die Umsetzung des Landesgewaltschutzkonzepts auch im Rahmen der mobilen Kontrollen zur Überwachung der Qualitäts- und Sicherheitsstandards durch die Bezirksregierungen überprüft. Diese haben im Berichtszeitraum in allen Regierungsbezirken stattgefunden.

Auch unter den Bedingungen der derzeit sehr starken Auslastung der Landeseinrichtungen sowie angesichts der Notwendigkeit, Notunterkünfte zu betreiben, hält das Land Nordrhein-Westfalen daran fest, dass das LGSK Geltung beansprucht, das zumindest eine sorgfältige Prüfung aller darin genannten Gewaltschutzmaßnahmen verlangt. Im Ergebnis kann dann zwar in den Notunterkünften vielfach nicht der gleiche Gewaltschutzstandard erreicht werden wie in den dauerhaft betriebenen Landeseinrichtungen. So lassen sich zum Beispiel bei einer Unterbringung in Zelten und Hallen in der Regel keine abschließbaren Schlafräume schaffen. Die Bezirksregierungen sind jedoch gehalten, im Rahmen der vorhandenen Gegebenheiten dennoch alle Möglichkeiten eines effektiven Gewaltschutzes auszuschöpfen und gegebenenfalls kompensatorische Maßnahmen zu treffen, zum Beispiel eine Aufstockung des Sicherheitsdienstes.

Schulnahes Bildungsangebot

Seit Sommer 2020 setzt die Landesregierung die Anforderungen des Art. 14 der Richtlinie durch die sukzessive Etablierung eines schulnahen Bildungsangebotes in allen zentralen Unterbringungseinrichtungen des Landes um. Das Angebot ist inzwischen in 22 zentralen Unterbringungseinrichtungen etabliert (Stichtag 20.05.2023).

| | Regierungsbezirk | Unterbringungseinrichtung |
|----|-------------------------|----------------------------------|
| 1 | Arnsberg | ZUE Hamm |
| 2 | Arnsberg | ZUE Möhnesee |
| 3 | Arnsberg | ZUE Olpe |
| 4 | Arnsberg | ZUE Soest |
| 5 | Arnsberg | ZUE Wickede |
| 6 | Detmold | ZUE Bad Driburg |
| 7 | Detmold | ZUE Herford |
| 8 | Düsseldorf | ZUE Neuss |
| 9 | Düsseldorf | ZUE Ratingen |
| 10 | Düsseldorf | ZUE Rees |
| 11 | Düsseldorf | ZUE Rheinberg |
| 12 | Düsseldorf | ZUE Weeze |
| 13 | Düsseldorf | ZUE Wuppertal |
| 14 | Köln | ZUE Bonn |
| 15 | Köln | ZUE Düren |
| 16 | Köln | ZUE Euskirchen |
| 17 | Köln | ZUE St. Augustin |
| 18 | Köln | ZUE Schleiden |
| 19 | Köln | ZUE Wegberg |
| 20 | Münster | ZUE Ibbenbüren |
| 21 | Münster | ZUE Münster |
| 22 | Münster | ZUE Marl |

Die Landesregierung verfolgt das Ziel, den in den zentralen Unterbringungseinrichtungen lebenden geflüchteten Kindern und Jugendlichen im schulpflichtigen Alter durch schulnahe Bildungsangebote bereits in den Aufnahmeeinrichtungen des Landes – und angepasst an die dortigen Verhältnisse – Bildung, Erziehung und Förderung zu ermöglichen. Das schulnahe Bildungsangebot soll allen Kindern und Jugendlichen allgemeine Kenntnisse, Fähigkeiten, Fertigkeiten und Werthaltungen vermitteln und dadurch auch die Heranführung und Vorbereitung auf den Besuch einer Regelschule ermöglichen, um die Anschlussfähigkeit an das Bildungssystem unabhängig von der Bleibeperspektive zu verbessern. Den Kindern und Jugendlichen wird ein auf deren besondere Bedürfnisse angepasstes hochwertiges Bildungsangebot angeboten: Ziel ist, dass sie regelmäßig an 5 Tagen die Woche Unterricht im Umfang von 25 Unterrichtsstunden durch Lehrkräfte des Landes erhalten. Der Unterricht findet in Lerngruppen, nach Möglichkeit in einer Größenordnung von 15 Kindern und Jugendlichen, statt.

Dezentrales Beschwerdemanagement (Zahl und Art der Beschwerden)

In jeder Aufnahmeeinrichtung des Landes i.S.d. § 44 AsylG stehen im Rahmen des Förderprogramms „Soziale Beratung von Flüchtlingen in Nordrhein-Westfalen“ Mittel für die Förderung einer halben Stelle für das Beschwerdemanagement zur Verfügung. Die Dezentralen Beschwerdestellen dienen Flüchtlingen als unmittelbare Anlaufstelle bei Beschwerden jeglicher Art. Ziel ist es, möglichst vor Ort Abhilfe für die Beschwerden zu schaffen.

Im Zeitraum 01.01.2023 - 31.03.2023 wurden insgesamt 952 Beschwerden erfasst. Kategorien der Beschwerden mit den meisten Nennungen waren "Geldleistungen" (Bezirksregierung vor Ort) mit 324 Fällen (34,03 %), "Asylverfahren" (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge) mit 273 Fällen (28,68 %), "Unterbringung" (Betreuungsdienstleister vor Ort) mit 79 Fällen (8,30 %), "Medizinische Versorgung" (Betreuungsdienstleister vor Ort) mit 58 Fällen (6,09 %), "Verpflegung" (Betreuungsdienstleister vor Ort) mit 47 Fällen (4,94 %)

218 Beschwerden (22,90 %) wurden entsprechend des im Konzept festgelegten Verfahrens an die Überregionale Koordinierungsstelle weitergeleitet.

Im Vergleich dazu wurden im Zeitraum 01.01.2022 - 31.03.2022 insgesamt 540 Beschwerden erfasst. Kategorien der Beschwerden mit den meisten Nennungen waren "Medizinische Versorgung" (Betreuungsdienstleister vor Ort) mit 88 Fällen (16,30 %), "Unterbringung" (Betreuungsdienstleister vor Ort) mit 72 Fällen (13,33 %), "Asylverfahren" (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge) mit 53 Fällen (9,81 %), "Geldleistungen" (Bezirksregierung vor Ort) mit 51 Fällen (9,44 %), "Zuweisung in Kommune" (Bezirksregierung Arnsberg) mit 39 Fällen (7,22 %), "Transfer / Verlegung" (Bezirksregierung vor Ort) mit 32 Fällen (5,93 %), "Unterbringung" (Bezirksregierung vor Ort) mit 32 Fällen (5,93 %), "Verpflegung" (Betreuungsdienstleister vor Ort) mit 27 Fällen (5,00 %)

42 Beschwerden (7,78 %) wurden entsprechend des im Konzept festgelegten Verfahrens an die Überregionale Koordinierungsstelle weitergeleitet.

Der „Runde Tisch Beschwerdemanagement“ hat am 16. Mai 2023 getagt und sich mit dem Stand der Beschwerden in den Landesaufnahmeeinrichtungen auf Basis des Berichts des unabhängigen Beauftragten für Beschwerden von Asylbegehrenden in den Aufnahmeeinrichtungen des Landes, Herrn Karl Peter Brendel, für den Zeitraum 01.07.2022 bis 30.04.2023 befasst.